Nr. 310. — Zweites Blatt.

# Stettiner Zeitung.

Mittwoch, 6. Juli 1892.

## Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Unsere Handelspolitik.

Die neuen vorläufigen handelspolitischen Vereinbarungen mit Spanien und Rumänien lassen erkennen, daß nach der Absicht der Reichsregierung die endgültige Entscheidung über die Anwendung des allgemeinen deutschen Zolltarifs auf die Erzeugnisse derjenigen europäischen Staaten, welche bisher mit dem deutschen Reiche weder einen Tarifvertrag noch einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen haben, bis zum 30. November d. J. vertagt werden soll. Der Zeitraum, auf welchen sich die dem Bundesrath durch das Gesetz vom 30. Januar ertheilte Vollmacht zu vorläufigen Abmachungen erstreckt, wird damit voll ausgenutzt, und wenn man auch im Einzelnen an diesen provisorischen Abkommen vielleicht eine berechtigte Kritik üben kann, so wird man doch anerkennen müssen, daß sie dem Zweck dieses Gesetzes, für die Zeit bis zur Wiedereröffnung des Reichstags möglichst einen offenen Zollkrieg mit Differentialzöllen zu verhüten, durchaus entsprechen. Und diese Absicht des Vollmacht-Gesetzes war wohlbegründet.

Die Erfahrung der letzten anderthalb Jahrzehnte hat jedenfalls gelehrt, daß es viel leichter ist, von provisorischen Abmachungen zu einem definitiven Handelsvertrage zu gelangen, als aus einem einmal entbrannten Zollkriege heraus und wieder zu einem handelspolitischen Friedensschlusse zu kommen; wenigstens ist fast in allen Fällen, in denen erst einmal zwischen zwei Staaten die gegenseitige Befehdung mit Zollzuschlägen eingetreten war, nur nach Jahren und nach schwerer Schädigung der beiderseitigen wirthschaftlichen Interessen wieder ein leidliches handelspolitisches Verhältniß hergestellt worden. Mit aller Bestimmtheit muß nunmehr freilich auch eine endgültige Regelung spätestens für den 1. Dezember d. J. verlangt werden. Mit Spanien sind bereits im Verlauf von 5 Monaten zwei vorläufige Abkommen getroffen, von denen das erste die früheren Vertragstarife größtentheils bis zum 30. Juni erhielt, das zweite für die folgenden fünf Monate die deutsche Ausfuhr dem spanischen Minimaltarif unterwirft. Für Rumäniens Erzeugnisse haben schon vom 1. Februar bis 4. Juli höhere Differentialzölle bestanden, welche nunmehr für die Hauptartikel auf nahezu fünf Monate beseitigt sind.

Die Unsicherheit über die weitere Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse hat während der bereits verflossenen Zeit nachtheilig genug auf den betheiligten gewerblichen Interessen gelastet und wird auch bis zum 1. Dezember noch unvermeidlich ihren schädlichen Einfluß ausüben. Im Interesse unseres am Verkehr mit Spanien und Rumänien betheiligten Einfuhr- wie Ausfuhrhandels ist demgemäß eine beschleunigte Fortführung der schwebenden Verhandlungen dringend zu wünschen. Eine weitere Konsequenz wird die rechtzeitige Einberufung des Reichstages sein, damit, soviel an Deutschland liegt, die Nothwendigkeit eines abermaligen Provisoriums vermieden wird und die gesetzgebenden Faktoren ihre Entschlüsse ohne Ueberhastung fassen können.

Unabweisbar tritt aber gleichzeitig die Frage der künftigen handelspolitischen Stellung Deutschlands zu Rußland wieder stärker in den Vordergrund. Nachdem Spanien überhaupt und Rumänien wenigstens für den Haupttheil seines Exports vorerst wieder Anspruch auf die niedrigeren Sätze der deutschen Vertragstarife erlangt haben, finden die höheren Sätze des allgemeinen Tarifs in Europa allein noch auf die portugiesischen und russischen Erzeugnisse Anwendung. Portugal ist indessen hauptsächlich nur am Weinzoll interessirt und inmitten seiner gegenwärtigen wirthschaftlichen und finanziellen Wirren ohne sonderliche Bedeutung für den Verkehr. Von praktischer Wichtigkeit werden demnach für die nächste Zeit die deutschen Differentialzölle nur gegen Rußland sein. Nun hat man in Rußland grade jüngst die Erfahrung gemacht, daß das durch die Ausfuhrverbote veranlaßte Ausscheiden Rußlands aus der Versorgung der europäischen Märkte dem russischen Getreideexport selbst zu fühlbarem Nachtheil gereicht hat, daß das russische Getreide sich gewissermaßen die frühere Position gegen die vorgedrungene Konkurrenz anderer Produktionsländer erst wieder erobern muß. Für Rumänien liegt der Hauptvortheil des vorläufigen Abkommens augenscheinlich darin, daß es unter denselben Bedingungen wie andere Länder mit seinem Getreideexport an dem wichtigen Herbstgeschäft nach Deutschland theilnehmen kann.

In gleichem Maße aber hat sich, soweit der deutsche Markt in Frage kommt, die Lage für Rußland verschlechtert, und wenn auch Roggen bei der Fortdauer des Ausfuhrverbots zunächst noch außer Betracht bleibt, so werden sich die Folgen doch bei Weizen, Hafer und Gerste herausstellen müssen, in welchen Getreidesorten überdies Deutschland gerade seinen Bedarf aus anderen Ländern weit leichter decken kann als in Roggen. Im Interesse Rußlands selbst sollte es mithin liegen, rechtzeitig wenigstens zu einem ähnlichen Provisorium mit Deutschland zu kommen, wie es jetzt Rumänien abgeschlossen hat, und vielleicht würde gerade ein zeitlich begrenztes Abkommen dieser Art auch in diesem Falle die beste Handhabe bieten, um zu einer friedlichen definitiven Vereinbarung zu gelangen.

---

### Deutschland.

**Berlin**, 6. Juli. Die „Hamburger Nachrichten“ bringen an der Spitze folgenden Artikel: „Die Meinung des Fürsten Bismarck.“

Wir haben mit der Kundgebung unserer Ansicht über die Angriffe der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ auf den Fürsten Bismarck zurückgehalten, so lange wir den Eindruck nicht kannten, den diese Philippika auf ihren Adressaten gemacht hat. Wir haben uns jetzt danach erkundigt und die Antwort mit dem plattdeutschen Worte erhalten „Dor lach' ick öwer!“ Der Fürst nimmt die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht ernsthaft und hält sie nicht für „offiziös“, sondern für Theaterdonner hinter den Koulissen, den Herr Pindter als Jupiter tonans besorgt hat.

Der Fürst hat seiner Verwunderung über die komische Ueberhebung des freiherrlich von Oldendorff'schen Blattes drastischen Ausdruck gegeben und wir können es nur als eine dumm-dreiste Unverschämtheit bezeichnen, wenn Herr Pindter über den früheren Reichskanzler zu Gericht sitzen und sich den Anschein der Ueberlegenheit geben will. Hierin liegt der klarste Beweis, daß so erfahrene und wohlerzogene Leute, wie die jetzigen Staatsleiter, nicht hinter den Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ stecken können. Der Fürst bestreitet die Möglichkeit, daß eine andere Verantwortlichkeit als die redaktionelle der „Nordd. Allg. Ztg.“ hinter ihren Artikeln zu suchen ist; er sieht in dem Versuche der demokratischen und klerikalen Presse, die Elaborate des Herrn Pindter staatlicher Responsabilität zuzuschreiben, eine Beleidigung für die Minister, deren politische und soziale Erziehung über dem Niveau steht, an das die norddeutschen Artikel heranreichen. Der Fürst findet, daß es einen lächerlichen Eindruck machen muß, wenn der Redakteur Pindter sich auf das Katheder setzt und den früheren Reichskanzler, der 30 Jahre lang die Politik zur Befriedigung der Krone und des Volkes geführt hat, wie in einer Sonnabendzensur auf der Schule abkanzelt in der Tonart eines Verweises, dem wegen früherer guter Aufführung eine schärfere Strafe einstweilen nicht folge.

In dieser Drohung finden wir namentlich den Beweis, daß die norddeutschen Artikel Politiker höherer Ordnung nicht zu Verfassern haben können. Kein Minister namentlich würde das Maß von Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nehmen, welches darin läge, daß jeder Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Maßregeln und der Richtung seiner Politik straffällig sei. Kein Minister, der mit der Vergangenheit des eigenen Landes und dem parlamentarischen Leben anderer Staaten einigermaßen vertraut ist, könnte über die Kritik seines Vorgängers so unbesonnen in Zorn gerathen, wie der Redakteur der „Nordd. Allg. Ztg.“ es gethan hat.

Wir haben im Reiche noch keine Tradition über die Stellung des Reichskanzlers zu seinem Nachfolger; dieselbe soll sich erst bilden. Fürst Bismarck ist der erste Reichskanzler außer Dienst und Graf Caprivi der erste Nachfolger seines Kanzlers; gegen die preußischen Minister aber ist in den wenigen Jahrzehnten des preußischen Verfassungslebens sowohl in der Presse wie im Parlament eine ganz andere Sprache geführt worden als jetzt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ braucht nur die Reden der zweifellos monarchischen Opposition von Vincke, Simson, Beseler und anderen gemäßigten Liberalen gegen alle Minister bis 1866 nochmals durchzusehen, um das Maß ihrer Empfindlichkeit, das sie, wie wir glauben, mit Unrecht den heutigen Ministern zuschreibt, als unerträglich mit den verfassungsmäßigen Zuständen zu erkennen.

Wir glauben, daß die heutigen Minister, wenn sie auf ihren bisherigen Wegen fortfahren und wenn die praktischen Folgen ihrer Maßregeln sich dem Lande erst mehr als bisher fühlbar gemacht haben werden, noch ganz andere Dinge zu hören bekommen werden, als die, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ jetzt zu ihrem Verdruß in dem Interview der „Neuen freien Presse“ gelesen hat. Und wenn Fürst Bismarck, der Einladung des Pindter'schen Blattes folgend, seinen Platz im Reichstage einnähme, so glauben wir nicht, daß seine Kritik an den Maßregeln, die er nicht billigt, sich in den Grenzen der ihm zugeschriebenen Wiener Aeußerungen halten würde.

Wir halten den kritischen Theil der norddeutschen Artikel für unwahr und die ad hominem gerichtete Drohung strengeren Verfahrens gegen den Fürsten Bismarck für eine geschmacklose Lächerlichkeit. Uebrigens sollten wir glauben, daß der „Nordd. Allg. Ztg.“ wegen ihrer Angriffe auf den Fürsten doch etwas unheimlich zu Muthe sein wird, wenn sie die fanatischen Zustimmungen liest, die ihre Artikel in allen reichsfeindlichen oder reichszweifelhaften Organen gefunden haben. Die „Freis. Ztg.“ rühmt sich, das erste und einzige Blatt gewesen zu sein, das volles Verständniß für die Elaborate der „Nordd. Allg. Ztg.“ gehabt habe. Darin irrt sie. Die sozialdemokratischen Blätter, wie der „Vorwärts“, die Berliner „Volks-Zeitung“, die „Germania“ und die kleriko-sozialistischen Preßorgane im Allgemeinen haben sich mindestens Kopf an Kopf mit der „Freisinnigen Zeitung“ gehalten.

Für diese inländische Blöße hat die offiziöse Presse und die „Nordd. Allg. Ztg.“ selbst Deckung im Auslande zu schaffen gesucht und zwar namentlich in dem Beifalle, den ein Theil der englischen Presse für die antibismarckschen Artikel gehabt hat. Auch die „Köln. Ztg.“ zitirte in diesem Sinne den Londoner „Standard“ mit dem Epitheton ornans „konservativ“. Der „Standard“ mag in England konservativ sein, in auswärtigen Fragen ist er einfach englisch. Und wenn in Deutschland Stimmen laut werden, welche die Felonie so weit treiben, daß sie die deutsche Politik und die deutsche Armee unter Umständen in englische Dienste stellen wollen, so ist Jeder, der hiervor warnt, dem englischen Biedermann natürlich ein ernstes Aergerniß; er fühlt sich dem widerspenstigen Deutschen gegenüber zur Verleumdung berechtigt, indem er ihm Schuld giebt, daß er den Kaiser angreife und Staatsgeheimnisse verrathe.

Daß alle diejenigen Blätter, denen an der Feindschaft zwischen Rußland und Deutschland liegt, auf die Seite der „Nordd. Allg. Ztg.“ treten, ist ebenso selbstverständlich, wie die Zustimmung in den Organen der ungarischen Chauvinisten. Aber wir unsererseits danken für diese Gesellschaft, die nach der Ansicht der „Nordd. Allg. Ztg.“ das Programm der deutschen Politik bestimmend beeinflussen zu sollen scheint.

Auch die englischen Blätter finden, daß es der kaiserlichen Regierung frei stehe, den Fürsten Bismarck durch gerichtliche Klage zum Schweigen zu bringen. Es würde im höchsten Grade interessant sein, wenn der Versuch dazu gemacht würde. Daß er dem Fürsten Bismarck selbst unwillkommen wäre, glauben wir nicht. Er hat schwerlich gegen einen dramatischen Abschluß seiner politischen Laufbahn etwas einzuwenden, auch wenn die Folgen für ihn ernster sein könnten, als es nach der Lage der Gesetzgebung möglich ist. Es erscheint immerhin bezeichnend, daß der Ruf nach Polizei und Staatsanwalt gegen den früheren Reichskanzler sich in englischen, ungarischen, freisinnigen, klerikalen, sozialdemokratischen Blättern und in der „Nordd. Allg. Ztg.“ findet. Man kann darin ein generelles Anzeichen des gemeinsamen Ursprungs aller dieser Artikel in den Zeitungen des Auslandes und des Zentrumskartells erblicken und man darf vermuthen, daß die zentrale Versandtstelle für alle diese Artikel dieselbe sei.

— In den Inspektionen der deutschen Armee hat sich eine sehr wichtige Aenderung vollzogen. Generalfeldmarschall Graf Blumenthal ist in seiner Eigenschaft als General-Inspekteur von der 4. zur 3. Armeeinspektion (Standort Berlin) versetzt worden. Zur 4. Armeeinspektion, die bisher ihren Standort in Berlin hatte, gehören das 3., 4. und außerdem das 13. (würtembergische) Armeekorps. Dieser Armeeinspektion sind aber überdies die beiden baierischen Armeekorps zugetheilt. Die Stellung des Generalinspekteurs der 4. Armeeinspektion, die nunmehr den Standort München erhielt, ist dem Prinz Leopold von Baiern im Einverständniß mit dem Prinzregenten Luitpold von Baiern übertragen worden. Zur 3. Armeeinspektion, welche jetzt der Generalfeldmarschall Graf Blumenthal erhalten hat, gehören das 7., 8. 11. Armeekorps. Diese Armeeinspektion war seit dem Tode des Großherzogs von Hessen unbesetzt. Bekanntlich lag die Inspektion der 4. Armeeinspektion, ehe Generalfeldmarschall Graf Blumenthal mit ihr betraut wurde, in der Hand des damaligen deutschen Kronprinzen, in welcher sie eine große politische Bedeutung hatte. Die von ihm vorgenommenen Inspektionen gestalteten sich stets zu nationalen Festtagen.

— In einer längeren Unterredung, welche am 30. v. M. einer Deputation des Vorstandes der Berliner jüdischen Gemeinde von dem Herrn Minister des Innern gewährt wurde, äußerte derselbe: Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde könnten mit Sicherheit darauf rechnen, daß ihnen gegen etwaige Ausschreitungen, welche in Folge antisemitischer Hetzereien versucht werden sollten, der allen Staatsbürgern zustehende Schutz seitens der Gerichte und der Verwaltungsbehörden im vollen Umfange werde zu Theil werden. Ein Verbot der Abhaltung antisemitischer Versammlungen sei nach dem Vereinsgesetz vom 11. März 1850 nicht zulässig; die Frage, ob eine solche Versammlung aufzulösen sei, hänge von der Beurtheilung des beaufsichtigenden Polizeibeamten ab, in wie weit die erörterten Vorschläge und Anträge eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen, namentlich zu Gewaltthätigkeiten, enthielten. Für die Zulässigkeit, Flugschriften zu verbreiten, seien allein die Bestimmungen des Preßgesetzes bezw. die Beschlüsse der Gerichte maßgebend. Dagegen sei die Regierung stets bestrebt gewesen, grobem Unfug, namentlich durch Ausrufe und Aufdrängen widerwärtiger Preßerzeugnisse zu steuern — ohne Ansehung der Konfession oder der Personen, gegen welche dieselben gerichtet seien —, und werde auch in Zukunft mit allen gesetzlichen Mitteln derartigen Ausschreitungen entgegentreten. Bereits vor dem Erscheinen der Schmähschrift „Juden-Bordelle“ seien zu Anfang v. M. die Organe der hiesigen Polizei angewiesen worden, das Ausbieten und Ausrufen derselben zu inhibiren, die Verkäufer verantwortlich aus § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs und über ihre Bezugsquellen zu vernehmen und die in ihrem Besitze vorgefundenen Exemplare wegzunehmen. Auch nachdem die am 8. Juni veranlaßte vorläufige Beschlagnahme durch gerichtlichen Beschluß vom 9. Juni wieder aufgehoben worden, seien die Polizeibeamten wiederholt unter Hinweisung auf § 360 des Strafgesetzbuchs zum energischen Einschreiten gegen das Ausrufen jener Broschüre, sobald dasselbe in lauter, das Publikum belästigender Weise geschehen sollte, angewiesen worden. Ueber die in verschiedenen Zeitungen enthaltenen Angaben, daß dessenungeachtet dieses aufdringliche, als grober Unfug sich charakterisirende Ausrufen der „Juden-Bordelle“ fortdauere, und einzelne Schutzmänner sogar die Aufforderung zum Einschreiten ausdrücklich abgelehnt hätten, seien erneute Erörterungen veranlaßt worden, welche jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

**Bad Kissingen**, 4. Juli. Das unter Leitung des Opernsängers Zapf aus Wiesbaden stehende „Zapfsche Männerquartett“ erfreute gestern Mittag 1 Uhr den Fürsten Bismarck durch seine Liedervorträge. Die Sänger, außer dem Genannten die Herren A. Jansen-Köln, P. Dinger-Nürnberg und H. Locke-Dessau, brachten im Saale der oberen Saline ein gewähltes Programm, darunter hauptsächlich Volkslieder, die besonders die Fürstin erfreuten, meisterhaft zum Vortrag. Der Fürst äußerte, er habe schon viele Massenchöre, gerade in letzter Zeit wieder, gehört, aber das Schönste des Männergesanges sei doch ein gutes Quartett. Der Fürst bewirthete die Sänger an seiner Frühstückstafel, zu welcher verschiedene Personen geladen waren. Ein Gast des Fürsten gedachte des 3. Juli, des Tages von Königgrätz, und des Vaters des Vaterlandes, des alten Kaisers Wilhelm. Der Fürst äußerte darauf: „Einen Tag von Königgrätz werden wir wohl nicht mehr erleben, aber auf ein zweites Sedan werden wir noch gefaßt sein müssen.“ — Fürst Bismarck war wie immer sehr aufgeräumt und verabschiedete sich aufs herzlichste von den Künstlern, deren Vorträge ihn so sehr erfreut hatten.

**Karlsruhe**, 3. Juli. Die von der Regierung in die Ansiedlungen in Posen entsandte Kommission, die sich von dem Stande der dortigen Verhältnisse durch den Augenschein Kenntniß verschaffen sollte, ist nach zehntägigem Aufenthalt daselbst wieder zurückgekehrt und hat, wie die „Karlsr. Ztg.“ hört, im Allgemeinen günstige Eindrücke gewonnen, insbesondere sind die Verhältnisse der badischen Ansiedler als befriedigende befunden worden.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 5. Juli. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Bei der Berathung des Antrages Pacak, die Angelegenheit der Amtsenthebung des Abgeordneten Professor Spinac wegen politischer Agitation dem Immunitätsausschusse zu überweisen, entwickelte sich eine überaus lebhafte Debatte. Abgeordneter Herold kritisirte die Maßregel vom Standpunkte der politischen Moral, Pernerstorfer, Kramac und Lüger griffen den Unterrichtsminister Freiherrn von Gautsch aufs heftigste an; Kramac und Lüger wurden zur Ordnung gerufen. Der Unterrichtsminister bezeichnete wiederholt mit großer Entschiedenheit das disziplinarische Vorgehen gegen Spinac als vollkommen gerechtfertigt und trat der Behauptung entgegen, daß Ungarn sich in die Angelegenheit eingemischt habe. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, den Antrag Pacak dem Immunitätsausschusse zu überweisen.

Ein Kommunique der vereinigten Linken des Abgeordnetenhauses theilt mit, daß die Besprechungen der Vorstandsmitglieder der vereinigten Linken mit dem Ministerpräsidenten heute fortgeführt wurden. Eine weitere Besprechung wird nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten aus Ellischau stattfinden.

**Wien**, 5. Juli. (W. T. B.) Die „Politische Korrespondenz“ meldet über die Verhandlungen im Beltschew-Prozeß, der Angeklagte Lepavzow habe entlastend für Karawelow ausgesagt. Karawelow habe das Komplott vom August 1886 gemißbilligt. Seine Unterschrift sei damals gefälscht worden. Kein Bulgare denke daran, die Vereinigung Bulgariens mit Ostrumelien rückgängig zu machen.

**Pest**, 5. Juli. (W. T. B.) Oberhaus. Bei der Fortsetzung der Budgetdebatte erklärte der Ministerpräsident Graf Szapary, die Regierung halte hinsichtlich der Wegtaufungsfrage an der Durchführung des Gesetzes fest und werde die Frage einer Revision des Gesetzes bei der Regelung des Ehe- und Fumilienrechtes erwägen. Sie werde nicht einzelne Fragen herausreißen, sondern alle zwischen Staat und Kirche bestehenden Fragen auf der Grundlage einer vollständigen Rechtsgleichheit aller Konfessionen in entsprechender Reihenfolge ihrer Lösung zuführen. Das Budget wurde hierauf in der General- und Spezialdebatte angenommen.

### Belgien.

**Brüssel**, 4. Juli. Wenn man den klerikalen Blättern Glauben schenken will, so werden die ersten Sitzungen der konstituirenden Versammlung, die am 12. d. M. zusammentritt, voraussichtlich einen sehr stürmischen Verlauf nehmen. Die Ultramontanen haben nämlich die Absicht, eine Reihe liberaler Mandate für ungültig zu erklären, insbesondere jene der Abgeordneten von Tournai, Soignies, Huy, Ostende und Thuin, die nur mit einer geringen Mehrheit gewählt worden sind. Sollten sie diesen Plan wirklich ausführen, so könnte ein derartiger Vorgang schwere Folgen nach sich ziehen und die Linke sogar zum Austritt aus dem Parlamente bewegen. Wir können unmöglich glauben, daß die klerikale Mehrheit, so verstimmt sie auch über den Ausfall der allgemeinen Wahlen sein mag, der ihr die ersehnte Zweidrittelmehrheit versagte, sich diese letztere auf dem Wege der Wahlungültigkeitserklärungen zu verschaffen beabsichtige. Sollte dies aber der Fall sein, so wird ihr die öffentliche Meinung schon begreiflich machen, daß sie einen derartigen Gewaltstreich nicht zu dulden geneigt ist. Noch ein anderer Plan der klerikalen Mehrheit wird nicht verfehlen, eine heftige Debatte hervorzurufen: Der Plan der Errichtung einer Staatspolizei in der Hauptstadt Brüssel. Nach dem belgischen Staatsrecht steht die Polizei ausschließlich den Gemeindebehörden zu und die Regierung hat mit der polizeilichen Ordnung in Belgien nichts zu schaffen. Die häufige Veranstaltung von öffentlichen Kundgebungen und Straßenzügen in Brüssel, wobei wiederholt beleidigende Zurufe vor dem Königspalast und den Ministerien vorgekommen sind, hat nun die Regierung bewogen, der Hauptstadt die gemeinderäthliche Polizeiaufsicht zu entziehen und eine Staatspolizei eigens zu errichten. In liberalen Kreisen erregt aber die Absicht, in Brüssel eine Polizeipräfektur nach Pariser Muster zu errichten, lebhaften Widerstand, weil man davon nicht blos die Beeinträchtigung der kommunalen Freiheiten, sondern die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts befürchtet.

### Frankreich.

**Paris**, 5. Juli. (W. T. B.) Dem Vernehmen nach dürfte die Regierung den von dem sozialistischen Munizipalrath von Saint Ouen einberufenen Kongreß der 20 sozialistischen Gemeindevertretungen Frankreichs, welcher eine Art Verbindung derselben bezweckt, untersagen.

**Paris**, 5. Juli. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Sämmtliche von dem Marineminister geforderten Kredite im Betrage von 38 Millionen wurden unverändert angenommen. Hierauf wurde die gesammte Vorlage mit 431 gegen 23 Stimmen genehmigt.

### Italien.

**Rom**, 5. Juli. Die elektrische Beleuchtung Roms ist gestern unter großen Festlichkeiten inaugurirt worden. Beleuchtet wurde die Porta pia-Vorstadt. Die Hauptstraßen und das Zentrum der Stadt werden demnächst folgen. Die Uebertragung erfolgt von den Kaskaden bei Tivoli. Der Anblick der alten Stadtmauern in elektrischer Beleuchtung war feenhaft.

**Rom**, 5. Juli. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ sind die in den südamerikanischen Gewässern stationirten italienischen Kanonenboote „Provana“ und „Veniero“ telegraphisch angewiesen worden, sich der italienischen Gesandtschaft in Rio de Janeiro zur Verfügung zu stellen.

### Großbritannien und Irland.

**London**, 5. Juli, Abends 10 Uhr 30 Min. (W. T. B.) Bis jetzt sind 65 Konservative, 10 Unionisten und 48 Gladstoneaner gewählt. Die Konservativen haben 7, die Gladstoneaner 13 Sitze gewonnen.

**Edinburg**, 5. Juli. (W. T. B.) In einer heute in Dalkeith gehaltenen Rede erklärte Gladstone, wenn Schottland nach reiflicher Erwägung für sich Homerule verlange, werde es dasselbe erhalten; denn es sei dies sein gutes Recht. Das jetzige Verwaltungssystem Schottlands sei zweifellos unvollkommen.

### Schweden und Norwegen.

**Christiania**, 5. Juli. (W. T. B.) Heute fand der große Volkszug zum königlichen Schloß unter der Betheiligung von etwa 12,000 Personen statt. In der von einer Deputation dem Könige überreichten Adresse heißt es, das Volk sei überzeugt, daß der König die Ehre und das Recht Norwegens immer vertheidigen und für die Durchführung der Gleichstellung arbeiten werde. Der König und die Königin, sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin nahmen von dem Balkon des königlichen Schlosses die Ovationen der jubelnden Menge entgegen, welche entblößten Hauptes das Königslied sang. Gegen 50,000 Personen hatten sich vor dem Schlosse eingefunden.

### Bulgarien.

**Sofia**, 5. Juli. (W. T. B.) Prozeß Beltschew. Bei der Fortsetzung des Verhörs betheuert Lepavzow seine Unschuld, die wahren Mörder Beltschews seien Dimo Tufekschew und Kozarow. Der Angeklagte Karavelow leugnete, daß Georgiew mit ihm über das Komplott gesprochen und daß er an dem Komplott vom August 1886 theilgenommen habe. Er besitze keinerlei geschriebenes Programm, wenn er in der Sobranje sitzen werde, werde er wissen, was er thun müsse, sein Programm sei die Annäherung Bulgariens an befreundete Mächte und die Verbesserung der Lage Bulgariens.

### Türkei.

**Konstantinopel**, 27. Juni. Der „Temps“ läßt sich telegraphiren, in den diplomatischen Kreisen Konstantinopels werde versichert, Herr von Radowitz habe neuerlich zu wiederholten Malen bei dem Sultan Schritte gethan, um ihn zu einer Erwiderung des ihm von Kaiser Wilhelm gemachten Besuches zu veranlassen. Der Sultan habe erwidert, die türkischen Hoftraditionen verböten eine Reise der Souveräne in das Ausland; er bedaure dies lebhaft. Um diesem Empfinden besondern Ausdruck zu verleihen, habe er den General v. Hobe nach Berlin gesandt, gleichzeitig als Ueberbringer der zur Erinnerung an Kaiser Wilhelms hiesige Anwesenheit geprägten Medaillen. Diese ganze Mittheilung ist eitle und noch dazu höchst ungeschickte Erfindung. Für jeden, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, ist es längst feststehende Thatsache, daß deutscherseits an einen solchen Gegenbesuch niemals ernstlich gedacht wurde. Man kennt bei uns zu gut die Neigungen und Abneigungen des Sultans, als daß man in dieser Beziehung jemals einen Druck irgendwelcher Art hätte ausüben wollen. Es ist seiner Zeit an dieser Stelle hervorgehoben worden, daß Kaiser Wilhelm einigen Gegnern der türkischen Reise bei deren Hinweis auf den jedenfalls nicht erfolgenden Gegenbesuch des Sultans geantwortet hat: „Ich gehe nicht nach Konstantinopel, um dem Sultan eine lästige Verpflichtung aufzuerlegen, sondern um ihm eine freundschaftliche Aufmerksamkeit zu erweisen. Will er nach Berlin kommen, werde ich mich glücklich schätzen, kommt er nicht, hat er seine gewichtigen Gründe, die ich ehre.“ In dieser Anschauung ist heute eine Aenderung ganz gewiß nicht eingetreten, ebensowenig wie in den persönlichen Stimmungen des Sultans in Betreff seines Heraustretens in die weite Oeffentlichkeit. Weshalb also sollte Herr v. Radowitz in dieser Richtung Schritte thun, an deren Erfolg er im Voraus nicht glaubt. Der Sultan wird ebensowenig nach Berlin wie nach Petersburg oder Paris gehen, nicht weil er das eine weniger schätzt als das andere, sondern weil er überhaupt nicht auf Reisen geht, weder in das In- noch in das Ausland. Der angebliche Hinweis des Sultans auf die Hoftradition, welche das Reisen verbiete, spricht gleichfalls für den Werth der Meldung, denn bekanntlich hat Sultan Abdul Hamid selbst seinen Oheim, den damals regierenden Sultan Abdul Asis, auf einer europäischen Reise begleitet, wobei auch der preußische Hof besucht wurde. Und was die Nachricht von der „Mission“ von Hobe Pascha's betrifft, so ist dieselbe genau so richtig wie die beiden andern Theile der Gesammtmeldung. Herr v. Hobe hatte bereits vor zwei Monaten einen längeren Urlaub für eine Reise nach Deutschland angestrebt. Die Ertheilung verzögerte sich. Als kürzlich der Sultan dem Botschafter von seiner Absicht sprach, die Medaillen nach Deutschland zu senden, wies Herr v. Radowitz darauf hin, daß die bevorstehende Reise des Generaladjutanten v. Hobe eine sehr gute Gelegenheit böte; er habe die Ehre, vom Kaiser gekannt zu sein und sei ihm mit andern hier zugetheilt gewesen. Dies entschied, Herr v. Hobe erhielt seinen Urlaub, und das ist die „Mission“.

### Afrika.

Der Telegraph hat dieser Tage einen Auszug aus dem Bericht übermittelt, welchen Lieutenant Mizon im Palais Bourbon vor der Kolonialgruppe der Deputirtenkammer gemacht hat. Mizon sagt bei seiner Schilderung des Reiches Adamana, daß in demselben wohl 1 Million (?) Krieger zu finden seien; man dürfe nicht daran denken, das Land zu erobern, sondern dort könnten nur Handelsverträge abgeschlossen werden. Die englische Nigerkompagnie versuche bereits den Sultan zu gewinnen u. s. f. Lieutenant Mizon bestätigt also die auch von Deutschen dort gemachten Erfahrungen, wonach man es in jenen Gebieten mit mächtigen Herrschern zu thun hat, welche an keine Abtretung ihrer Herrschaft denken und nur die Abschließung von Handelsverträgen im Auge haben. Die deutsche Niger-Benue-Expedition von 1885 tritt damit wieder hervor, welche sowohl merkantile als wissenschaftliche Zwecke hatte. Sie hatte von vornherein nicht die Absicht, politische Erwerbungen irgend welcher Gebiete zu machen, sondern sollte nur jene Reiche für deutschen Verkehr und Handel gewinnen und öffnen. Dieser Zweck wurde thatsächlich erreicht: der Sultan von Sokoto, das Oberhaupt aller Haussa-Staaten, unter dessen allerdings nur äußerlicher Oberhoheit auch der Sultan von Adamana steht, bestätigte dem Führer der deutschen Expedition P. Staudinger, dem Ueberbringer von Briefen und Geschenken des Kaisers Wilhelm II., die vollkommene Unabhängigkeit seines Reiches sowie seiner Vasallenkönige von England, ferner erklärte er sich in einem Briefe an Kaiser Wilhelm mit dem Inhalte des ihm vorgelegten Handels- und Freundschafts-Vertrages vollständig einverstanden. Schließlich verfügte er, daß in allen Gebieten des Haussareiches, sowie in Adamana den Deutschen freier Verkehr und Handel zuständen.

---

## Zum Lotterie-Schwindel.

Es dürfte angezeigt sein, so schreibt die Berliner „Volksztg.“, einmal öffentlich darauf hinzuweisen, daß in letzter Zeit einige Loosehandlungen — durchweg kleinere Firmen — ein Geschäftsgebahren anzuwenden belieben, das das Volkssprichwort „Lotterie Lumperie“ in mehr als einer Hinsicht zum Wahrwort macht:

„Nachdem erst vor etwa 14 Tagen ein kleines Loosegeschäft in der Prinzenstraße an allen Plätzen und Ecken des südlichen Arbeiterviertels mit einer „Volkslotterie-Zeitung“ debutirt hat, in der den Arbeitern in rohester, witzlosester Form gelehrt wurde, daß für sie der einzige Weg zum Wohlstande die Lotterie sei, geben nun eine ganze Anzahl anderer Geschäfte Antheilloose zu fast allen zur Zeit in Preußen gangbaren Lotterien heraus. Wir erwähnen zwei solcher Antheil-

scheine, die namentlich an Arbeiter, Dienstmädchen und — Schulkinder, zum Theil mit Zuhülfenahme von Flugblättern, abgesetzt werden. Es bedürfte nur des Abdruckes dieser „Antheile", um das ungehörige dieser Geschäftsmanipulation darzuthun. Der eine Schein ist 1/60 (!) Antheil an der mittlerweile zur Ziehung gelangten Weseler Geldlotterie. Es ist von einem Lotterie- und Bankgeschäft an der Spandauer Brücke ausgegeben und kostet 10 Pfennig. Das ganze Loos dieser Lotterie kostet 3 Mark, der 60stel Antheil würde also 5 Pfennig kosten. Das Geschäft nimmt an diesen Antheilscheinen 100 Prozent Bruttogewinn. Dazu kommt aber noch, daß es ja ohnedies an jedem Loose seinen ziemlich hohen Verkaufsgewinn vom Generaldebit aus hat und überdies, wie eine Bemerkung auf der Rückseite des Scheines zeigt, von jedem etwa auf dieses Antheilloos fallenden Gewinn „drei Pfennig pro Mark für Inkasso, Verwahrung und Verwaltung des Looses" zurückzuhalten berechtigt ist. Noch toller treibt es eine andere Loosehandlung. Diese schlachtet die Loose der hannoverschen Jubiläumslotterie — Preis für das Vollloos 1 Mark — zu zwanzig Antheilscheinen zu 10 Pfennig aus, nimmt also für ein Loos, dessen gesetzlicher Verkaufspreis 1 Mark ist und das ihr noch weit niedriger zu stehen kommt, 2 Mark; dann aber beansprucht sie noch 15 Prozent (!) von jedem etwa auf diesen Antheil fallenden Gewinn. Doch auch damit ist die Ernte dieser Geschäfte noch nicht vollständig geschnitten. Sie bestimmen auf ihren Antheilscheinen weiter: „Die Gewinne sind spätestens drei Monate nach erfolgter Ziehung zu beheben. Nach Ablauf dieses Termins ist jeder Anspruch auf Gewinn erloschen." Da nun die 1/60- und 1/20-Antheile selbst im Gewinnfalle naturgemäß meist so klein und unbedeutend sind, daß sie vielfach gar nicht erhoben werden, von anderen Möglichkeiten ganz abgesehen, so dürfte auch die Gewinnspekulation der Looshändler nicht fruchtlos sein. Jedenfalls ist das gekennzeichnete Geschäftsgebahren von den Geschäftsgepflogenheiten achtbarer Loosehandlungen grundverschieden. Es schließt eine unreelle Uebertheuerung der Loose in sich, die um so verwerflicher ist, als sie von der ärmsten Klasse des Volkes ihren Gewinn zieht. Das Verfahren ist auch geeignet, das Volk moralisch schwer zu schädigen, indem es die Lotteriesucht in Kreise trägt, die ihr bisher aus materiellen Gründen nicht fröhnen konnten. Da gegen diese Geschäftsmanipulationen auf gesetzlichem Wege nichts zu machen ist, so ist es zu wünschen, daß sich der vernünftige Sinn jedes Einzelnen gegen diese Art, die Menschen glücklich zu machen, sperrt."

Die Ansicht der „Volksztg.", daß sich auf gesetzlichem Wege gegen diese Manipulationen nicht einschreiten lasse, können wir nicht theilen. Sobald der von der Regierung genehmigte Plan einer Lotterie in irgend einem Punkte verändert wird, bedarf er aufs neue der Regierungsgenehmigung. Es handelt sich dann um Veranstaltung einer neuen Lotterie. Der Veranstalter, der diese Genehmigung nicht erhalten hat, ist nach den Gesetzen strafbar.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 6. Juli. Um etwaigen Zweifeln über die Zuständigkeit der sogenannten indirekten Feuerversicherung vorzubeugen, sind die Regierungs-Präsidenten durch eine Verfügung des Ministers des Innern vom 23. Juni 1892 ersucht worden, die in ihren Bezirken zugelassenen Feuerversicherungsgesellschaften darauf aufmerksam zu machen, daß nur reale, bewegliche und unbewegliche Gegenstände gegen unmittelbar oder mittelbar durch Feuer verursachte Schäden, d. h. nur gegen solche Schäden versichert werden dürfen, welche an Gebäuden, Mobiliarvorräthen oder Moventien durch Brand entstehen oder bei Gelegenheit eines Brandes durch Einreißen, Diebstahl, Ausräumen, Wasserbeschädigung oder andere im Gefolge der Lösch- und Rettungsversuche vorgenommene Maßregeln verursacht werden, daß dagegen eine Ausdehnung des Geschäfts der Feuerversicherung auf Verluste an Vortheilen, welche der Beschädigte, wenn der Feuerschaden nicht eingetreten wäre, hätte erlangen können, insbesondere also auf Verluste am Geschäftsgewinn in Folge von Betriebsstörungen oder von Preisänderungen unzuläßig ist.

— Vom 1. Juli 1892 ab können Postpackete ohne Werthangabe im Gewichte bis 5 Kilogramm nach Mexiko versandt werden. Die Taxe beträgt ohne Rücksicht auf das Gewicht 3 Mark für jedes Packet. Ueber die Versendungsbedingungen ertheilen die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

* Morgen früh 7 Uhr trifft auf dem Zentral-Güter-Bahnhof der Zirkus Drexler-Lobe ein.

* Die Bäcker-Innung feierte am gestrigen Tage auf dem „Julo" ihr Königsschießen. Die Königswürde errang Herr Bäckermeister Albert Kersten.

— Von der Grabower Polizei wurde in vergangener Nacht der in der Heinrichstr. wohnhafte Schuhmacher Martin Heidemann wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit in Haft genommen und heute Vormittag dem hiesigen Gerichts-Gefängniß eingeliefert.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,30 Mark, Vorderfleisch 1,10 Mark, Filet 1,80 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,60 M., Schinken 1,20 Mark, Bauch 1,20 Mark; Kalbfleisch: Keule 1,30 Mark, Vorderviertel 1,10 Mark, Kotelettes 1,60 M.; Hammelfleisch: Kotelettes 1,60 Mark, Keule 1,20 Mark, Vorderfleisch 1,25 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger.

— Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft. Die Betriebs-Einnahme betrug:

| | | |
|---|---|---|
| im Monat Juni | 1892 | 37,597,37 Mark |
| " " " | 1891 | 35,236,65 " |
| | 1892 mehr | 2360,72 Mark |
| bis ult. Mai 1892 | weniger | 710,58 " |
| mithin bis ult. Juni 1892 | mehr | 1650,14 Mark. |

## Elysium-Theater.

Gastspiel von Grete Gallus.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß Emil Pohl's „Goldonkel" in der heutigen Zeit noch im Stande wäre das Publikum zu unterhalten und doch hatte die alte Posse gestern wieder einen erfreulichen Erfolg zu verzeichnen, das Publikum war in heiterster Stimmung und nahm alle Ausgelassenheiten und Unwahrscheinlichkeiten des Stückes in dankbarer Weise auf und selbst die alten Kouplet's riefen Heiterkeit wach. Zu diesem Erfolge verhalf wohl weniger das Stück selbst, als die überaus gelungene Darstellung und dabei stand der Gast der Bühne, Frl. Grete Gallus vom Berliner Thomas-Theater im Vordergrund; Frl. Gallus gehört zu den glücklich veranlagten Soubretten, denen alle zu diesem Fach nöthige Gaben verliehen sind; ein ansprechender Anstand, frisches heiteres Spiel, natürliche Drollerie, flottes Auftreten und liebenswürdige Koketterie, dabei hat die Künstlerin ein angenehmes Aeußere und versteht ihre Kouplets frisch vorzutragen; unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß ihre „Laura" wohlverdienten Beifall fand, welcher im 4. und 6. Bild seinen Höhepunkt erreichte. Wir zweifeln nach diesem ersten Gastspiel nicht, daß Frl. Gallus eine bedeutende Zugkraft für das Elysium-Theater bilden wird. Auch die übrigen Hauptrollen waren in besten Händen, Herr Koch entfaltete als „Florian Böhlke" eine überaus drastische Komik und Frau v. Moser als dessen zweite Frau gab den stets keifenden, Alles tyrannisirenden Hausdrachen mit köstlicher Wirkung. Sehr anerkennenswerth war Herr Gärtner als „Blumenkranz" und Herr Behr als „Konstantin Böhlke". Auch Frl. Steinheil (Mathilde) und die Herren Kreidemann (Franz), Scheibach (Stubbe) und Felbinger (Plümicke) wurden ihren Aufgaben gerecht. Störend war die lange Dauer der Vorstellung (11¼ Uhr). R. O. K.

## Aus den Provinzen.

**Gützkow**, 4. Juli. Bei einem auf dem Hasenberge gestern Abend abgehaltenen Tanzvergnügen wurde der Töpfergeselle Plöhn ohne jede Ursache von dem Schäferknecht Wilhelm Metzler aus Wieck derartig mit einem „Todtschläger" über den Kopf gehauen, daß ein Schädelbruch erfolgte, an dem Plöhn heute Vormittag verstarb. Metzler ist in Haft genommen.

**Richtenberg**, 4. Juli. Drei Hofgänger, Knaben im Alter von 15—16 Jahren, aus dem benachbarten Dorfe Z. kamen vorgestern Abend gleich nach 10 Uhr, wie man sagt, aus dem nahen Walde zurück. In der Nähe des Hofes hörten sie die großen Kettenhunde, die der Nachtwächter soeben losgemacht hatte, kommen, worauf sie eiligst die Flucht ergriffen. Der eine von ihnen, Arnold St., wurde jedoch von den Hunden gepackt, zu Boden gerissen und am ganzen Körper jämmerlich zerfleischt. Der sofort herbeigerufene Arzt legte den ersten Nothverband an, er hatte einige Stunden zu thun, die großen Wunden zuzunähen, ordnete sodann aber die sofortige Ueberführung des Unglücklichen in ein Krankenhaus an. Wie es heißt, soll wenig Hoffnung vorhanden sein, das Leben des St. zu erhalten.

## Vermischte Nachrichten.

**Berlin**, 5. Juli. Der Loosehändler und Bankier August Fuhse wurde in der heutigen Sitzung der IV. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Bankerott, Betrug und Untreue zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Die Betrügereien wurden in folgender Weise verübt: Der Angeklagte forderte öffentlich mittels Prospektes zu Gesellschaftsspielen in der Antisklaverei-Lotterie auf und setzte die Leser des Prospektes in den Glauben, als ob er die 100 Loosnummern, welche er als zum Gesellschaftsspiel ausersehen veröffentlichte, schon eigenthümlich besaß. In Wirklichkeit hatte er die Nummern noch gar nicht erworben, sondern er glaubte nur in Folge seiner verschiedenen Verbindungen solche erwerben zu können. Die Hoffnung hat sich jedoch als eine trügerische erwiesen. Die Leute, welche ihm das Geld zur Betheiligung an diesem Gesellschaftsspiel eingesandt hatten, haben keine Loose erhalten, es trat vielmehr bei dem Angeklagten der schließlich unvermeidliche Krach ein, und die betreffenden Personen sind durch die unrichtigen Angaben des Prospektes getäuscht und zur Herzabe der Gelder bewogen worden. In zahlreichen Fällen ist der Betrug auch in folgender Weise ausgeführt worden: Der Angeklagte bot Antheilscheine zu zahlreichen Nummern der 185. preußischen Klassenlotterie aus und kündigte dabei an, daß er die betr. Loosnummern in seinem Besitze habe. Thatsächlich hatte er aber diese Loose sämmtlich verpfändet und dafür circa 20,000 Mark erhalten. Er konnte darüber gar nicht disponiren. In vier Fällen der Untreue hat der Angeklagte Gelder, welche ihm von Kunden zum Ankauf von Aktien übersandt worden waren, in eigenem Nutzen verbraucht, ohne die Aufträge zu erfüllen. Zur Kennzeichnung des Charakters des Angeklagten zog die Anklage auch noch einen Fall aus dem Jahre 1884 an, in welchem der Angeklagte Mündelgelder in Höhe von 8000 Mark unterschlagen hatte. Hier war jedoch Verjährung eingetreten.

— Ueber den Prozeß betreffend den Knabenmord in Xanten meldet ein Telegramm aus Cleve vom gestrigen Tage: Der Professor der semitischen Sprachen, Nöldecke, erklärt, in der ganzen talmudisch-rabbinischen Literatur existirt keine Stelle, welche den rituellen Mord gebietet oder gestattet. So sicher wie im Talmud nichts vom Eisenbahnwesen steht, so steht nichts über den Ritualmord darin. Die von Rohling angeführten Stellen aus den kabbalistischen Büchern enthalten absolut nichts dergleichen. Die angeblich neu entdeckte Talmudstelle besage nicht ein Wort von Ritualmord, ihre Anführung ist unglaublich dumm. Die Beschuldigung, daß die Juden Christenblut gebrauchen, ist durch und durch frivol; ebenso frivol ist es, wenn man trotz eingehender Widerlegung dieselbe immer wiederholt. Das jüdische Gesetz verbietet aufs strengste jeden Blutgenuß. Nöldecke schließt sich den bereits im Prozeß Rohling-Bloch abgegebenen Gutachten an. Die weitere Zeugenvernehmung ergiebt nichts Wesentliches.

— Ueber einen Mord- und Selbstmordversuch wird aus Britz gemeldet: In der Bürgerstraße 16 daselbst wohnt das Marmorschleifer Stein'sche Ehepaar. Die Frau klagte öfter darüber, daß ihr Mann maßlos heftig und jähzornig sei und daß er sich dann wie ein Rasender gebehrde. Am Sonnabend Mittag war es zwischen ihnen zu einem Streit gekommen, im Verlaufe dessen Stein plötzlich einen geladenen Revolver ergriff und die Waffe auf die vor ihm stehende Frau mit den Worten abdrückte: „Da hast Du Dein Theil." Die Kugel traf die Frau am Halse. Sie sank bewußtlos um, Stein aber richtete den Revolver auf sich und brachte sich einen Schuß in den Mund bei. Da nunmehr Hausbewohner in das Zimmer drangen, ergriff Stein die Flucht. Er ist bis jetzt spurlos verschwunden und es liegt die Annahme nahe, daß der jähzornige Mann seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Frau Stein ist glücklicherweise nur leicht verletzt.

**Altona**, 4. Juli. (Drei Verbrecher entsprungen.) In dem nach Westen im Paterre belegenen Korridor des hiesigen Justizgefängnisses saßen die Einbrecher Kröger, Klatte und Wentzel, und zwar wegen Raummangels in einer Zelle. In der Sonntagnacht, während des Gewitters, hörte der bejahrte Aufseher Hansen auf seinem Rundgang ein verdächtiges Geräusch, das aus dem Korridor herzukommen schien. Hansen, der sich in Begleitung seines Hundes befand, schloß die zu dem Korridor führende Gitterthür auf, ließ aber unvorsichtiger Weise seinen Hund hinter der Gitterthür zurück. Kaum war Hansen bei der zur Zelle jener Verbrecher führenden Thür angelangt, als diese auch schon geöffnet ward und gegen den Kopf des Wächters ein furchtbarer Schlag geführt wurde. Dann zogen die Verbrecher den Beamten in die Zelle, steckten ihm einen Knebel in den Mund und schlugen mit eisernen Stangen auf den Bedauernswerthen ein. Erst auf sein Flehen hielten sie hiermit inne; einer der Strolche versetzte ihm den letzten Hieb mit den Worten: „Einen mußt Du noch haben!" Dann banden sie den fast Bewußtlosen, bedeckten ihn mit ihren Betten und entrissen ihm die Schlüssel. Das Erste, was die Verbrecher nunmehr begannen, war, daß sie die auf dem Korridor befindlichen Zellenthüren öffneten und die anderen Gefangenen aufforderten, mitzugehen. Hierbei ließen sie sich nicht durch das, durch das ganze Gebäude hallende wüthende Bellen des hinter der Korridor-Gitterthür stehenden Hundes stören. Die Ausbrecher begaben sich auch zu dem dieser Tage zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilten Falschmünzer Hirschfeld, der sich aber weigerte, mitzugehen. Hirschfeld zog darauf die Glocke, wurde aber erst nach Verlauf einer geraumen Zeit gehört. Unterdeß war es dem Wächter gelungen, sich aus seiner schwierigen Lage zu befreien. Er kroch auf Händen und Füßen vor die Thür des Hausvaters, den er durch Klopfen weckte. Jetzt endlich wurde Anstalt zur Verfolgung der Verbrecher gemacht. Der Wächter war unfähig, sich aufrecht zu erhalten, und mußte schleunigst in ärztliche Behandlung gegeben werden. Der Hausvater weckte den Gefängniß-Inspektor; die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß die Ausbrecher in aller Ruhe durch das Wohnzimmer und von dort durch das Schlafzimmer des Inspektors gegangen waren. In dem Schlafzimmer der Tochter des Inspektors hatten sie die vor dem Fenster stehenden Blumen fortgenommen und auf die Erde gesetzt. Auf dem Tisch lag ein Zettel mit der Aufschrift „Schlafet ruhig, Gott schütze Euch!" Durch das Fenster waren sie dann auf den Gefängnißhof hinausgestiegen, hatten ihre aus der Zelle mitgenommenen Handtücher zusammengeknotet und sie als Seil gebraucht, um über die dort nicht sehr hohe Mauer zu klettern. Zuerst ward dem einen hinübergeholfen; dann zog dieser den zweiten und diese Beiden schließlich den dritten Ausbrecher hinüber; dann machten sie sich aus dem Staube. Eine nicht unbedeutende Erleichterung der Flucht soll ein an der Mauer stehender Hühnerstall geboten haben. — Jetzt eilte auch der mit einem Revolver bewaffnete Inspektor des Gefängnisses zur Verfolgung der Verbrecher herbei. Leider war es zu spät. Eine Besichtigung der Zelle der Verbrecher ergab, daß die sämmtlichen Schrauben der Thür gelöst worden waren, ferner daß die Thür selbst ausgehoben worden und dann zurückgedrängt worden war, so daß das Schloß zerbrach. Als Waffe haben die Kerls die von den eisernen Bettstellen losgebrochenen Beine benutzt.

**Altona**, 5. Juli. (W. T. B.) Der Arbeiter Klatte, einer der drei Verbrecher, welche nach Mißhandlung eines alten Wärters aus dem hiesigen Gefängniß entsprungen sind, ist in der vergangenen Nacht verhaftet worden. Um für die Zukunft dem Entfliehen von Verbrechern vorzubeugen, ist der Militärposten im Justiz Gefängniß um einen Unteroffizier und vier Mann verstärkt worden. Im Befinden des mißhandelten Wärters Hansen ist keine Besserung eingetreten, sodaß man befürchtet, derselbe werde seinen Verletzungen erliegen.

**Leipzig**, Anfang Juli 1892. Die diesjährige Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wird am 30. September und 1. Oktober in Posen abgehalten werden im Anschluß an die am 27. und 28. September in Görlitz stattfindende Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit. Posen ist vom Ausschusse als Ort der Versammlung gewählt worden mit Rücksicht auf die auf der Tagesordnung stehenden agrarpolitischen Fragen und weil von hier aus im Anschluß an die Versammlung, am 2. Oktober die Besichtigung der von der Rentengüterkommission neu eingerichteten Kolonien leicht ausgeführt werden kann. Am 30. September wird die „ländliche Arbeiterfrage und die deutschen Binnenwanderungen" behandelt werden; Professor Knapp (Straßburg) hat ein einleitendes Referat übernommen; dann wird Privatdozent Dr. Weber (Berlin) über die Enquete berichten, welche der Ausschuß des Vereins veranstaltet hat und über welche eine Arbeit im August oder zu Anfang September bei Duncker u. Humblot in Leipzig erscheinen wird; daran schließt sich ein Referat des Grafen Kanitz-Podangen vom praktischen Standpunkte aus und endlich ein statistischer Bericht des Unterstaatssekretärs a. D. Dr. von Mayer (Straßburg) über die Binnenwanderungen. Am zweiten Tage wird im Anschluß an die Debatten des vorangegangenen verhandelt werden über die „Bodenbesitzvertheilung und die Sicherung des Kleingrundbesitzes". Zu Referenten sind gewonnen worden Professor Sering (Berlin), von welchem ein Band über die neueren preußischen Kolonisationen in den Vereinsschriften demnächst erscheinen wird, der Präsident der Generalkommission Beutner (Bromberg) und Professor Gierke (Berlin), von welchen der erstere vom praktischen, der letztere vom rechtlichen Standpunkte aus die Frage der Erhaltung des Kleingrundbesitzes erörtern werden. Der Verein, der in seiner letzten Versammlung die industrielle Arbeiterfrage behandelte, glaubte diesmal seine ganze Kraft auf die wichtige Frage konzentriren zu sollen, in welcher Lage die ländlichen Arbeiter sich befänden, welche Reformen hier angezeigt seien; er meint, daß dies nur möglich sei im Zusammenhang mit der Erörterung jener anderen, ob unser kleiner Bauernstand sich erhalten lasse, ob man demgemäß die innere Kolonisation zu fördern habe, ob die Bestimmungen unseres heutigen Rechts über Vererbung, Verschuldung u. s. w. zweckentsprechende seien. Die Frage der Erhaltung unseres deutschen Bauernstandes ist die Frage der sozialen Zukunft des deutschen Reichs; daher haben alle Parteien, alle Klassen, noch mehr alle Patrioten dringend Ursache, sich über sie klar zu werden. Die Aufnahme in den Verein für Sozialpolitik erfolgt zu jeder Zeit auf schriftliche Anmeldung — welcher zehn Mark Jahresbeitrag beizufügen sind — bei dem Schatzmeister (Stadtrath L. Ludwig-Wolf in Leipzig); sie kann auch gelegentlich der Generalversammlung selbst bewirkt werden. Der Eintretende erhält die sämmtlichen Vereinspublikationen des laufenden Jahres, die sich zumeist auf die Gegenstände der Tagesordnung beziehen, unberechnet zugesandt.

**Breslau**, 5. Juli. Das Schwurgericht verurtheilte die Heizersfrau Kachlog, welche ihre 61jährige Schwiegermutter durch Axthiebe getödtet hat, zum Tode.

**Posen**, 5. Juli. Auf der Bahnstrecke Gnesen-Wreschen ward gestern Nachmittag das Kind des Bahnwärters Kaiser von einem Personenzug überfahren und sofort getödtet. Frau Kaiser, welche ihren beurlaubten Ehemann dienstlich vertrat, wollte das Kind retten, wurde aber ebenfalls vom Zuge erfaßt und ihr der Kopf vom Rumpfe getrennt.

**Berleburg**, 5. Juli. Der Wildschütz Wagbach, welcher zwei Wittgensteinsche Förster im Walde erschossen hat, wurde vom Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 6. Juli. Wetter: Bewölkt. Temperatur + 19° Reaumur. Barometer 759 Millimeter. — Wind: W.

**Weizen** etwas fester, per 1000 Kilogramm loko 190—200 bez., per Juli 190,50—191 bez., per Juli-August —,—, per September-Oktober 182,00 bez.

**Roggen** wenig verändert, per 1000 Kilogramm loko 170—183 bez., per Juli 189,00 nom., per Juli-August 175,50 B. u. G., per September-Oktober 171,50 B., 171 G.

**Gerste** ohne Handel.

**Hafer** per 1000 Kilogramm loko pommerscher 143 bis 153 bez.

**Rüböl** ohne Handel.

**Spiritus** matt, per 100 Liter à 1000 Prozent loko 70er 37,5 bez., per Juli 70er 35,6 nom., per Juli-August 70er 35,6 nom., per August-September 70er 36,0 nom.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 190,75, Roggen 189,00, 70er Spiritus 35,6, Rüböl —,—.

### Landmarkt.

**Weizen** —,—. **Roggen** 182—185. **Gerste** —,—. **Hafer** 152—154. **Rübsen** —,—. **Heu** 3,00—3,50. **Stroh** 32—34. **Kartoffeln** 72 bis 84. **Erbsen** —,—.

**Berlin**, 6. Juli. Weizen per Juli 175,50 bis 176 50 Mark, per Juli-August 176,25 Mark, per September-Oktober 176,75 Mark.

**Roggen** per Juli 188,25 bis 190,00 Mark, per Juli-August 176,25 Mark, per September-Oktober 172,00

**Rüböl** per Juli —,— Mark, per September-Oktober 50,80 Mark.

**Spiritus** loko 70er 37,40 Mark, per Juli-August 70er 36,30 Mark, per August-September 70er 36,50 Mark, per September-Oktober 70er 36,70 Mark.

**Hafer** per Juli 151,00 Mark, per September-Oktober 147,50 Mark.

**Petroleum** per Juli 21,30 Mark.

**London.** Wetter: ——

### Berlin, 6. Juli. Schluß-Kourse.

| | | |
|---|---|---|
| Preuß. Consols | 4% | 106,80 |
| do. do. | 3½% | 100,50 |
| Deutsche Reichsanl. | 3% | 8750 |
| Pomm. Pfandbriefe 3½% | | 97,90 |
| Italienische Rente | | 91,50 |
| do. 3% Eisenb.-Oblig. | | 55,50 |
| Ungar. Goldrente | | 94,00 |
| Rumän. 1881er amort. Rente | | 97,60 |
| Serbische 5% Rente | | 81,00 |
| Griechische 5% Goldrente | | 6640 |
| Russ. Boden-Credit 4½% | | 96,60 |
| do. do. von 1880 | | 93,75 |
| Mexikan. 6% Goldrente | | 82,60 |
| Oesterr. Banknoten | | 17050 |
| Russ. Banknot. Cassa | | 20170 |
| do. do. Ultimo | | 200,75 |
| National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½% | | 104,00 |
| do. (110) 4% | | 101,00 |
| do. (100) 4% | | 100,60 |
| P. Hyp.-A.-B. (100 4% V.—VI. Emission | | 101 80 |
| StettVulc.-Act Litt. B. | | 110,75 |
| StettVulc.-Priorität. | | 130,00 |
| Stett Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M. | | —,— |
| do. 6 proz. Prioritäten | | —,— |
| Petersburg kurz | | 201,40 |

| | |
|---|---|
| London kurz | —,— |
| London lang | —,— |
| Amsterdam kurz | —,— |
| Paris kurz | —,— |
| Belgien kurz | —,— |
| Bredow. Cement-Fabr. | —,— |
| Neue Dampf.-Com. (Stettin) | 80,75 |
| Stett. Chamotte-Fabr. Didier | 202,00 |
| „Union", Fabrik chem. Produkte | 119,25 |
| **Ultimo-Kourse:** | |
| Disconto-Commandit | 187,25 |
| Berliner Handels-Gesell | 140,40 |
| Oesterr. Credit | 168,50 |
| Dynamite-Trust | 132,00 |
| Bochumer Gußstahlfabrik | 133 25 |
| Laurahütte | 113,25 |
| Harpener | 14425 |
| Hibernia Bergw.-Gesellsch. | 116,10 |
| Dortm. Union St.-Pr. 6% | 65,25 |
| Ostpreuß. Südbahn | 72,25 |
| Marienburg-Mlawkabahn | 66,25 |
| Mainzerbahn | 114,40 |
| Norddeutscher Lloyd | 106,75 |
| Lombarden | 42,90 |
| Franzosen | 126,40 |

**Bremen**, 5. Juli. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offiziell-Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Matt. Loko 5,65 Br. Baumwolle ruhig.

**Wien**, 5. Juli. Getreidemarkt. Weizen per Herbst 8,35 G., 8,38 B., per Frühjahr 8,75 G., 8,78 Br. — Roggen per Herbst 7,45 G., 7,48 B. — Mais per Juli 5,11 G., 5,14 B., per Mai-Juni 1893 5,58 G., 5,61 B. — Hafer per Herbst 5,81 G., 5,84 B.

**Amsterdam**, 5. Juli, Nachmittags. Weizen per November 210. Roggen per Oktober 169, per März 160.

**Amsterdam**, 5. Juli Java-Kaffee good ordinary 53,75.

**Amsterdam**, 5. Juli, Nachmittags. Bancazinn 59,50.

**Antwerpen**, 5. Juli. Getreidemarkt. Weizen schwach. — Roggen geschäftslos. — Hafer behauptet. — Gerste ruhig.

**Antwerpen**, 5. Juli, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 13,50 bez. u. B., per Juli 13,50 B., per August —,— B., per September-Dezember 13¾ B. Fest.

**Paris**, 5. Juli, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 37,00—37,25. — Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juli 37,75, per August 37,87½, per September 37,87½, per Oktober-Januar 37,12½.

**London**, 5. Juli. An der Küste 10 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Bewölkt.

**London**, 5. Juli. 96% Javazucker loko 15,25, matt. — Rübenrohzucker loko 12,75, matt. Centrifugal Cuba —,—.

**London**, 5. Juli. Chili-Kupfer 44,75, per 3 Monat 45 3/16.

**Hull**, 5. Juli. Getreidemarkt. Weizen ½ Sh. niedriger. — Wetter: Regenschauer.

**Liverpool**, 5. Juli. Getreidemarkt. Weizen und Mehl ruhig. — Mais ½ d. niedriger. — Wetter: Regenschauer.

**Glasgow**, 4. Juli. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4485 Tons gegen 4135 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 76 gegen 72 im vorigen Jahre.

**Glasgow**, 5. Juli, Nachmittags. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 2½ d.

**Newyork**, 5. Juli, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Juli 53,12. Weizen per Dezember 89,12.

**Newyork**, 5. Juli. Wechsel auf London 4,87. Petroleum in Newyork 6,00, in Philadelphia 5,95, rohes (Marke Parkers) 5,30. Pipe line certif. per August — D. 53 C. Mehl 3 D. 00 C. Rother Winter-Weizen loko — D. 91⅛ C. Rother Weizen per Juli — D. 86⅛ C., per August — D. 86⅛ C., per Dezember — D. 89⅜ C. Getreidefracht 1½. Mais per August 56⅝. Zucker 2 13/16. Schmalz loko 7,47. Kaffee Rio Nr. 3 13,00. Kaffee per August ord. Rio Nr. 7 11,92. Kaffee per Oktober ord. Rio Nr. 7 11,92. Weizen (Anfangs-Kours, der Dezember 89⅛.

**Newyork**, 5. Juli. Bestand an Weizen 24,356,000 Bushels, do. an Mais 7,841,000 Bushels.

**Paris**, 5. Juli, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Besser.

| | | Kours vom 4. |
|---|---|---|
| 3% amortisirb. Rente | 98,80 | 98,60 |
| 3% Rente | 98,62½ | 98,52½ |
| 4½% Anleihe | —,— | —,— |
| Italienische 5% Rente | 92,57½ | 92,70 |
| Oesterr. Goldrente | 96⅛ | 96⅛ |
| 4% ungar. Goldrente | 96,06 | 95,06 |
| 4% Russen de 1880 | 93,50 | —,— |
| 4% Russen de 1889 | 95,00 | 95,10 |
| 4% unifiz. Egypter | 484,68 | 486,25 |
| 4% Spanier äußere Anleihe | 65⅝ | 65,25 |
| Convert. Türken | 20,22½ | 20,27½ |
| Türkische Loose | 80,50 | 80,00 |
| 4% privil. Türk.-Obligationen | 425,00 | 424,00 |
| Franzosen | 655,00 | 657 50 |
| Lombarden | —,— | 221,25 |
| " Prioritäten | 315,00 | 314 00 |
| Banque ottomane | 578,00 | 578,00 |
| " de Paris | 645,00 | 650,00 |
| " d'escompte | 213,00 | 213,00 |
| Crédit foncier | 1140,00 | 1140,00 |
| " mobilier | 162,00 | 168 00 |
| Meridional-Aktien | 646,00 | 646,00 |
| Panama-Kanal-Aktien | —,— | —,— |
| " 5% Obligationen | —,— | —,— |
| Rio Tinto-Aktien | 402,50 | 401,25 |
| Suezkanal-Aktien | 2785,00 | 2787,00 |
| Gaz Parisien | —,— | —,— |
| Credit Lyonnais | 783,00 | 782,00 |
| Gaz pour le Fr. et l'Etrang. | —,— | —,— |
| Transatlantique | —,— | —,— |
| B. de France | 4260,00 | 4245,00 |
| Ville de Paris de 1871 | —,— | —,— |
| Tabacs Ottom. | 380,00 | 381,00 |
| 2¾ Cons. Angl. | 96 75 | 97,25 |
| Wechsel auf deutsche Plätze 3 M. | 122⅞ | 122 13/16 |
| Wechsel auf London kurz | 25,15½ | 25,15 |
| Cheque auf London | 25,17 | 25,16½ |
| Wechs. Amsterdam k. | 206,12 | 206,12 |
| " Wien. k. | 208,25 | 208,25 |
| " Madrid k. | 438,00 | 438,00 |
| Comptoir d'Escompte neue | —,— | 511,00 |
| Robinson-Aktien | 93,00 | 95,00 |
| Neue Rente | 99,80 | 99,70 |
| Portugiesen | 23⅜ | 23,50 |
| 3% Russen | 77,40 | 77,50 |

## Woll-Berichte.

**Antwerpen**, 5. Juli, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Juli 4,65, per Dezember 4,75 Verkäufer.

## Schiffs-Nachrichten.

**London**, 6. Juli. Das englische Schiff „Peter Stuart" ist auf der Fahrt bei der Küste Nova Scotia untergegangen. 13 Matrosen, sowie die Gattin und das Kind des Kapitäns sind ertrunken.

## Telegraphische Depeschen.

**Berlin**, 6. Juli. Der Ausschuß des Bundesrathes für das Landheer und die Festungen berieth gestern über den Verkehr mit Sprengstoffen.

Die Meldung der auswärtigen Blätter, daß zur Erschließung weiterer Quellen für die Befriedigung der Bedürfnisse des Reiches eine höhere Besteuerung des Bieres in Aussicht genommen sei, ist unrichtig.

Die Kommission für die Untersuchung der Hochwasserverhältnisse deutscher Ströme wird noch im Laufe der Woche eine unregulirte und eine regulirte Strecke der Oder befahren.

**Wien**, 6. Juli. Zu der Meldung, daß der Rücktritt des deutschen Botschafters, Prinzen Reuß, bevorstehen soll, bemerkt das „N. W. Tageblatt": „Nach Pariser Meldungen wäre es in Wiener Regierungskreisen bekannt geworden, daß der deutsche Botschafter Prinz Reuß den Wiener Posten verlassen werde, ohne daß es bestimmt sei, ob dem Prinzen ein anderer Posten angeboten, oder ob derselbe gänzlich die öffentliche Thätigkeit einstellen werde. Wie wir jedoch erfahren, ist die Angelegenheit bisher keineswegs in das Stadium diplomatischer Konversationen oder gar Unterhandlungen getreten. Das Ganze reduzirt sich vorläufig auf Erwägungen, welche in der Hauptstadt des deutschen Reiches an maßgebender Stelle thatsächlich bestanden haben oder vielleicht noch bestehen sollen."

**Prag**, 6. Juli. Mehrere hundert Personen versuchten gestern Abend vor dem Hause, in welchem seiner Zeit Huß gepredigt hat, Demonstrationen zu veranstalten. Die Polizei, welche vorher von dem Plane Kenntniß erhielt, war in großer Anzahl erschienen und sprengte die Demonstranten auseinander.

**Szegedin**, 6. Juli. Das große Fabriketablissement der ersten ungarischen Hanfspinnerei sammt den Nebengebäuden ist Nachts abgebrannt. Der Schaden beträgt nahezu eine halbe Million Gulden. Menschen sind bei dem Brande nicht verunglückt. 200 Familien sind vorläufig brodlos geworden.

**Paris**, 6. Juli. Der Vertheidiger Ravachols, Lagasse, hatte bei dem Präsidenten Carnot eine Audienz, in welcher er die Bitte um Begnadigung Ravachols zu begründen suchte. Carnot hat die Bitte abgelehnt und die Hinrichtung kann nunmehr stündlich erfolgen.

**London**, 6. Juli, 2 Uhr 45 Minuten. Bis jetzt sind 89 Konservative, 11 Unionisten und 61 Gladstoneaner gewählt. Die Konservativen gewinnen 9, die Unionisten 1 und die Gladstoneaner 18 Sitze. Der Unterstaatssekretär der Kolonien, Baron Worms, ist im Wahlbezirk Liverpool mit 3707 Stimmen gewählt worden. Stanley ist in North Lambeth (Wahlbezirk London) seinem Gegenkandidaten erlegen.

**London**, 6. Juli. In liberalen Wahlkreisen ist der Jubel über die Erfolge der Partei Gladstone's ein ganz außerordentlicher; es sind bereits mehrere Meetings anberaumt worden.

**Newyork**, 6. Juli. Während der Festlichkeiten, welche in Boston zum Andenken an den Jahrestag der Unabhängigkeits-Erklärung der Vereinigten Staaten gefeiert wurden, stieg ein Luftballon des Luftschiffers Roggers auf. In beträchtlicher Höhe platzte der Ballon und fiel ins Meer. Der eine Gehülfe des Luftschiffers ertrank, während ein zweiter schwer verletzt wurde. Rogger selbst und die Passagiere wurden gerettet.